

OA-UPDATE SÜDOSTEUROPA

OA-Update 06 / 18. August 2025



Zurück aus der Sommerpause informieren wir Sie mit dieser August-Ausgabe unseres Südosteuropa-Updates wieder über zentrale politische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Region.

Dabei geht es unter anderem um die Rechtstaatlichkeitsberichte der EU, Trumps Zollpolitik sowie die Einführung des Euro-

Gesetzes in Bulgarien, den Besuch des rumänischen Präsidenten Nicosur Dan in Berlin, die anhaltenden Proteste in Serbien und neueste Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina.

In der Rubrik Konjunktur haben wir für Sie die Handelszahlen des ersten Halbjahres 2025 aufbereitet und werfen einen Blick auf die Ergebnisse einzelner Konjunkturmfragen unserer Kolleginnen und Kollegen der Auslandshandelskammern.

Interessante Publikationen sowie Hinweise auf das Deutsch-Rumänisch-Moldauische Wirtschaftsforum und weitere Termine, die Sie sich schon jetzt notieren sollten, runden auch diese Update-Ausgabe ab.

Alle Rubriken dieser Ausgabe hier im Überblick:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Rechtstaatlichkeitsberichte der EU

Am 8. Juli hat die Europäische Kommission ihren sechsten Bericht über die Rechtsstaatlichkeit veröffentlicht. Der seit 2020 jährlich erscheinende Bericht zu allen Mitgliedsländern beruht auf einem intensiven Dialog mit den nationalen Behörden und Interessenträgern. Ziel ist es, gegebenenfalls problematische Entwicklungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit früh zu entdecken und entsprechend handeln zu können. So enthalten die Berichte eine Zustandsbeschreibung sowie Empfehlungen zur Verbesserung. Seit 2024 werden auch die vier Erweiterungsländer Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien berücksichtigt. Die vier Themenbereiche nationale Justizsysteme, Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und Gewaltenteilung stehen dabei im Fokus. Die Pressemitteilung der Vertretung der EU in Berlin mit den entsprechenden Links zum Bericht und den jeweiligen Länderkapiteln finden Sie [hier](#).

Auswirkungen von Trumps Zöllen

Die seit dem 7. August geltenden Zölle der Trump-Administration treffen die Länder des Westlichen Balkans unterschiedlich stark. Serbien und Bosnien und Herzegowina sind mit 35 Prozent bzw. 30 Prozent am stärksten betroffen. Für Nordmazedonien soll der Satz bei 15 Prozent, für Kosovo, Albanien und Montenegro bei zehn Prozent liegen. The Geopost berichtet [hier](#). Die BBC hat [hier](#) eine Liste der Tarife zur Verfügung gestellt. Allerdings sind die aktuell gültigen Tarife noch Gegenstand von Verhandlungen. So hat nach Angaben von BalkanInsight Serbien bereits einen Vorschlag für ein Zollabkommen vorgelegt, während Bosnien und Herzegowina auf Diplomatie zur Verhandlung der Zölle setzt. Die Übergangsregierung Kosovos hat als Reaktion beschlossen, seine eigenen Zölle auf US-Produkte vollständig zu streichen, um eine bessere Handelsbeziehung und Investitionen zu fördern. BalkanInsight berichtet [hier](#).

EU-Parlament fordert Albanien, Bosnien und Herzegowina und Nordmazedonien zu beschleunigten Reformen auf

Am 9. Juli 2025 hat das Europäische Parlament Berichte zu den Fortschritten im Beitrittsprozess zu Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Nordmazedonien angenommen:

Der Bericht zu Albanien erkennt den breiten politischen Konsens sowie die hohe Zustimmung der Bevölkerung zum EU-Beitritt des Landes an. Positiv wird darüber hinaus die vollständige Angleichung an die Außen- und Sicherheitspolitik der EU erwähnt und Reformbedarf etwa in den Bereichen Unabhängigkeit der Justiz, Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität oder dem Schutz der Grundrechte angemahnt.

Mit Bezug auf Bosnien und Herzegowina mahnen die Abgeordneten die staatliche Einheit an, verurteilen die spaltende Rhetorik und secessionistische Politik von Milorad Dodik und fordern die EU zu entschiedenem Handeln auf.

Der Bericht zu Nordmazedonien mahnt zur Implementierung der Reformen insbesondere in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung. Die Pressemitteilung der Europäischen Parlaments mit Links zu den jeweiligen Berichten finden Sie [hier](#). European Western Balkans berichtet [hier](#) über die Debatte.

Bosnien und Herzegowina

Am 12. August hat das bosnische Staatsgericht den Antrag der Verteidigung von Milorad Dodik angenommen, eine einjährige Haftstrafe wegen Missachtung der Entscheidungen des Hohen Repräsentanten in eine Geldstrafe umzuwandeln, wie es das bosnische Strafrecht erlaubt. Zuvor hatte am 1. August das Oberste Gericht ein Urteil bestätigt, das Dodik zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt und ihm die Übernahme von politischen Ämtern für sechs Jahr untersagt. Infolgedessen entzog die Zentrale Wahlkommission Dodik das Mandat als Präsident der Republika Srpska (RS). Nun stehen Neuwahlen an. Allerdings hat Dodik angekündigt ein Referendum abhalten zu wollen, bei dem die Bürger über die Abspaltung der RS von Bosnien abstimmen sollen. BalkanInsight berichtet [hier](#). DW berichtet [hier](#).

Bulgarien

Ende Juli hat die bulgarische Regierung im Eilverfahren das sogenannte Euro-Gesetz in das Parlament eingebracht. Dieses wurde am 30. Juli angenommen. Am 8. August 2025 wurde das Gesetz im Staatsanzeiger veröffentlicht. Damit erhält die Regierung Möglichkeiten temporäre Maßnahmen im Fall stark steigender Preise für Grundbedarfsgüter und Dienstleistungen zu implementieren. Darüber hinaus sind Unternehmen mit einem Jahresumsatz über zehn Millionen Lew verpflichtet, täglich die Preise unter anderem von Grundnahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren zu veröffentlichen. Die Geltungsdauer des Gesetzes ist auf ein Jahr begrenzt. Die Maßnahme ist Teil des Vorbereitungsprozesses Bulgariens auf die Euro-Einführung am 1. Januar 2026. Reuters berichtet [hier](#).

In Bulgarien kommt es nach der Verhaftung von Oppositionspolitikern zu Protesten. Am 8. Juli wurde bei einer Razzia der Antikorruptionsbehörde der Bürgermeister von Varna, Blagomir Kotsev, festgenommen. Kotsev soll nach Angaben der Ermittler eine organisierte kriminelle Gruppe leiten, die Unternehmen unter Druck setzen würde, die öffentliche Aufträge erhielten. Kotsev ist Mitglied der Oppositionspartei „Wir setzen den Wandel fort“ (PP). Viele Bürger sehen in der Verhaftung ein politisch motiviertes Vorgehen gegen die Opposition. Aktuell sind vier weiterer Oppositionspolitiker in Haft. Die Protestierenden fordern Rechtsstaatlichkeit und kritisieren die zunehmende Autokratisierung im Land. Kritisiert werden ebenfalls schwerwiegende Verfahrensverstöße und fragwürdige Zeugenaussagen im Fall Kotsev. BalkanInsight berichtet am 9. Juli über die Verhaftung von Kotsev [hier](#), tagesschau.de berichtet am 18. Juli über die Proteste [hier](#), die Deutsche Welle berichtet am 25. Juli [hier](#).

Kosovo

Kosovo wird weiterhin von einer technischen Übergangsregierung unter Albin Kurti geführt. Hintergrund ist die weiterhin ausstehende Konstituierung des Parlaments im Nachgang der Wahlen am 9. Februar dieses Jahres. Siehe [OA-Update Südosteuropa 05](#). Um die politische Blockade zu lösen, hat Präsidentin Vjosa Osmani das Verfassungsgericht um eine Beurteilung gebeten. Dieses entschied am 8. August die früher genannte Deadline zur Wahl des Parlamentspräsidenten um weitere 30 Tage zu verlängern. Darüber hinaus erklärte das Gericht, das der gleiche Kandidatenvorschlag für das Amt des Parlamentspräsidenten nicht mehr als drei Mal nominiert werden darf. BalkanInsight berichtet [hier](#) und European Western Balkans berichtet [hier](#). Die derzeitige politische Blockade bekommen zunehmend Unternehmen zu spüren und könnte zum Verlust von EU-Fördermitteln in Höhe von 883 Millionen Euro führen. Euronews berichtet [hier](#).

Rumänien

Am 18. Juli reiste der rumänische Präsident Nicolae Ceaușescu zu einem Staatsbesuch nach Berlin, wo er sich mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier traf und im Anschluss auch von Bundeskanzler Friedrich Merz empfangen wurde. Im Beisein beider Staats- und Regierungschefs wurde ein gemeinsamer Aktionsplan unterzeichnet, der eine engere bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheits- und Wirtschaftspolitik vorsieht. Weitere Informationen zum Treffen mit Bundeskanzler Merz finden Sie auf der Webseite der Bundesregierung [hier](#). Die rumänische Botschaft in Berlin informiert [hier](#) über den Aktionsplan.

Am späten Nachmittag traf Präsident Ceaușescu mit deutschen Unternehmen zusammen. Das Gespräch wurde von der AHK Rumänien, dem Ost-Ausschuss sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) organisiert. Den Beitrag zum Unternehmergespräch finden Sie auf unserer Website [hier](#).

Serbien

Am 1. August wurden ehemalige serbische Regierungsbeamte, darunter auch der ehemalige Handels- und Bauminister Tomislav Momirovic, wegen des Verdachts der Korruption im Zusammenhang mit der Modernisierung der Eisenbahnstrecke nach Ungarn, zu der auch die Teilstrecke nach Novi Sad und die Modernisierung des dortigen Bahnhofs gehörte, verhaftet. BalkanInsight gibt [hier](#) einen Überblick über die laufenden Ermittlungen. European Western Balkans geht [hier](#) der Frage nach, ob diese Verhaftungen einen Wendepunkt in der Korruptionsbekämpfung in Serbien darstellen.

Die Proteste in Serbien, die als Studentenproteste nach dem Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad Anfang November 2024 mit 16 Toten begannen, halten an. BalkanInsight berichtet über die letzten Entwicklungen [hier](#). Am Abend des 12. August 2025 kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten, Aktivisten der regierenden Serbischen Fortschrittspartei (SNS) und der Polizei in mehreren serbischen Städten, darunter Vrbas, Backa Palanka, Novi Sad und Belgrad. BalkanInsight berichtet [hier](#). Anfang August berichtete BalkanInsight [hier](#) von der Stürmung der von protestierenden Studenten besetzten Universität in Novi Pazar. Demnach haben maskierte Sicherheitskräfte das Universitätsgebäude am 29. Juli gestürmt und vertrieben die protestierenden Studierenden. Das löste landesweite Solidaritätsbekundungen aus.

Weiterhin ungeklärt ist die Umsetzung der US-amerikanischen Sanktionen gegen Nafta Industrija Srbije (NIS), einem mehrheitlich dem russischen Unternehmen Gazprom Neft gehörenden Ölkonzern. Wie BalkanInsight am 29. Juli [hier](#) berichtet, haben die USA noch einmal einen Aufschub von 30 Tagen gewährt. Damit wird bereits zum fünften Mal seit Januar die Frist verlängert. Hintergründe zu den amerikanischen Sanktionen finden Sie im [OA-Update Südosteuropa 03](#).

OA Handelszahlen Januar bis Juni 2025

Der Ost-Ausschuss hat die aktuellen Handelszahlen für das erste Halbjahr 2025 ausgewertet. Die dazugehörige Pressemitteilung sowie die Statistiken zu allen 29 Ost-Ausschuss-ländern finden Sie [hier](#). Wir haben daraus für Sie speziell die Zahlen für die Länder Südosteuropas zusammengestellt: Der Warenaustausch Deutschland mit der Region erreichte im ersten Halbjahr ein Volumen von fast 50 Milliarden Euro und stieg damit um überdurchschnittliche 2,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Hier die Übersicht:

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg. über Vorjahr		
	Jan-Jun 2025	Jan-Jun 2024	Jan-Jun 2025	Jan-Jun 2024	Jan-Jun 2025	Jan-Jun 2024	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsumsatz
Rumänien	21.145.115	21.566.670	9.752.253	10.219.324	11.392.862	11.347.346	-4,6	0,4	-2,0
Slowenien	7.877.653	7.172.139	3.837.986	3.557.284	4.039.667	3.614.855	7,9	11,8	9,8
Bulgarien	6.048.821	6.332.442	3.012.871	3.365.143	3.035.950	2.967.299	-10,5	2,3	-4,5
Serbien	5.084.248	4.716.984	2.673.587	2.280.496	2.410.661	2.436.488	17,2	-1,1	7,8
Kroatien	4.378.473	4.070.916	1.346.124	1.218.970	3.032.349	2.851.946	10,4	6,3	7,6
Nordmazedonien	3.067.557	2.475.892	1.709.181	1.708.499	667.793	767.393	0,0	-13,0	23,9
Bosnien und Herzegowina	1.358.376	1.289.181	688.280	611.169	670.096	678.012	12,6	-1,2	5,4
Albanien	352.420	325.227	118.503	103.677	233.917	221.550	14,3	5,6	8,4
Kosovo	274.152	249.667	51.660	47.234	222.492	202.433	9,4	9,9	9,8
Montenegro	125.011	123.942	13.445	19.125	111.566	104.817	-29,7	6,4	0,9
SOE Handel Gesamt	49.711.826	48.323.060	23.203.890	23.130.921	25.817.353	25.192.139	0,3	2,5	2,9
Osteuropa Handel Gesamt	275.345.059	269.911.044	131.281.213	128.905.098	144.063.846	141.005.946	1,8	2,2	2,0
Deutscher Handel Gesamt	1.468.069.289	1.440.351.954	682.053.010	653.321.622	786.016.279	787.030.332	4,4	-0,1	1,9

(C)opyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025; Stand: 11.08.2025; Berechnungen des Ost-Ausschusses

Konjunkturumfragen einzelner Auslandshandelskammern unserer Region

Die **Deutsche Industrie- und Handelsvereinigung in Albanien** hat am 5. Juni ihre Konjunkturumfrage veröffentlicht. Mehrheitlich bewerten die Unternehmen die aktuelle Wirtschaftslage als akzeptabel. Als Standortvorteile wurden vor allem die Aussichten auf einen EU-Beitritt, die Qualität und Verfügbarkeit lokaler Zulieferer sowie die Flexibilität des Arbeitsrechts genannt. Die vollständige Konjunkturumfrage 2025 finden Sie auf der Webseite des diha [hier](#).

Die **Delegation der deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina** hat ihre Konjunkturumfrage 2025 am 2. Juni veröffentlicht. Die aktuelle Wirtschaftslage in Bosnien und Herzegowina wird von 52 Prozent der befragten Unternehmen als ungünstig bewertet. 37 Prozent der Befragten schätzen die Lage als befriedigend ein und nur elf Prozent würden diese derzeit als gut bewerten. Dabei würden allerdings 80 Prozent der Unternehmen Bosnien und Herzegowina erneut als Investitionsstandort wählen. Als wichtigste Standortvorteile wurden vor allem die geografische Lage, das Klima, wettbewerbsfähige Arbeitskräfte sowie der Reichtum an natürlichen Ressourcen genannt. Bestehende Herausforderungen sieht man in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, politischen Stabilität sowie Rechtssicherheit. Die vollständige Konjunkturumfrage finden Sie auf der Webseite der AHK Bosnien und Herzegowina [hier](#).

Am 24. Juni publizierte die **AHK Bulgarien** ihre diesjährige Konjunkturumfrage. Bezogen auf die Wirtschaftslage blicken viele der befragten Unternehmen optimistisch in die Zukunft. 52 Prozent der Unternehmen bewerten ihre derzeitige Geschäftslage in Bulgarien als gut. 46 Prozent erwarten eine Verbesserung ihrer Geschäftslage in den kommenden zwölf Monaten. Mit einer positiven Entwicklung der bulgarischen Gesamtwirtschaft rechnen

35 Prozent der befragten Unternehmen. Die positive Bewertung spiegelt sich auch in der Investitionsbereitschaft wider: 47 Prozent der Befragten planen eine Steigerung ihrer Investitionen. Als größter Standortvorteil wurde vor allem die EU-Mitgliedschaft genannt. Als größtes Risiko nennen die Unternehmen den Fachkräftemangel. Mehr Informationen finden Sie auf der Webseite der AHK Bulgarien [hier](#).

Am 6. Mai hat die **AHK Kroatien** bereits zum zwanzigsten Mal ihre Konjunkturumfrage veröffentlicht. Gut 86 Prozent der an der Umfrage beteiligten Unternehmen würden wieder in Kroatien investieren. Als größte Herausforderungen für wirtschaftliches Engagement gelten bürokratische Hürden, Korruption und Fachkräftemangel. Dennoch rechnet ein Großteil der befragten Unternehmen mit einer Fortsetzung des derzeitigen Wirtschaftswachstums in den kommenden Jahren. Die Presseerklärung der AHK Kroatien sowie die Umfrageergebnisse finden Sie [hier](#).

Am 27. Mai erschien die Umfrage der **AHK Rumänien**. Eine Mehrheit der befragten Unternehmen nennt die wirtschaftlichen Perspektiven zufriedenstellend, allerdings sinkt der Anteil der Optimisten weiter. Als Risiken gelten die sinkende Nachfrage, steigende Lohnkosten sowie die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Die EU-Mitgliedschaft bleibt weiterhin ein wichtiger Standortvorteil des Landes. Die vollständigen Ergebnisse der Umfrage finden Sie auf der Webseite der AHK Rumänien [hier](#).

Am 24. Juni hat die **AHK Serbien** ihre jährliche Konjunkturumfrage präsentiert. Wenngleich die Bewertungen der aktuellen Wirtschaftslage durchwachsen sind, zeigen sich die investierten Unternehmen zufrieden mit den Standortfaktoren Kommunikation, Energieversorgung sowie Produktivität und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmenden. Herausforderungen bestehen weiterhin bei der Bekämpfung von Korruption und Kriminalität, dem EU-Beitrittsprozess Serbiens sowie der Rechtssicherheit im Land. Weiter Informationen erhalten Sie auf Anfrage bei der AHK Serbien.

Bereits am 29. Mai hat die **AHK Slowenien** ihre Konjunkturumfrage 2025 herausgegeben. 80 Prozent der Unternehmen halten dem Standort Slowenien die Treue, allerdings sind die wirtschaftlichen Erwartungen nicht sehr optimistisch. Die hohen Kosten für Arbeit und Steuern stellen eine besondere Herausforderung dar. Dafür punktet der Standort mit einer leistungsstarken digitalen Infrastruktur, verlässlichen Lieferketten sowie hochqualifizierten Arbeitnehmern. Die ausführliche Umfrage steht [hier](#) auf der Seite der AHK Slowenien zum Download bereit.



Am 1. Juli fiel der diesjährige Startschuss für die Praktika unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten in Deutschland. Die Praktika ermöglichen es jungen Graduierten und Studierenden aus den Ländern des Westlichen Balkans und Kroatien, praktische Erfahrung zu sammeln und interkulturelle Kompetenz zu stärken, um das erlangte Wissen in ihre Heimatländer zurückfließen zu lassen.

Aktuell laufen die Vorbereitungen für das Midterm Meeting, welches Ende August in Würzburg stattfinden wird. Es bietet den Stipendiatinnen und Stipendiaten eine wertvolle Möglichkeit, erste Erfahrungen aus ihren Praktika in Deutschland zu reflektieren und gemeinsam die nächsten Schritte für ihrer verbleibende Zeit in Deutschland zu planen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Vorbereitung des Berufseinstiegs in den jeweiligen Heimatländern. Damit trägt das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft gezielt zur Umsetzung regionalpolitischer Ziele bei: Durch den Fokus auf „Brain Gain“ anstelle von Abwanderung wird die Fachkräftesicherung für die Heimatländer unterstützt und die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Westlichen Balkans und Kroatien gestärkt. Die gezielte Förderung von Kompetenzen und lebenslangem Lernen sowie die Unterstützung beim Berufseinstieg leisten nicht nur einen Beitrag zur individuellen Entwicklung der Teilnehmenden, sondern auch zur Steigerung ihrer Attraktivität für die lokalen Arbeitsmärkte. Regionale Kooperationen zwischen Unternehmen und den Heimatländern der Stipendiatinnen und Stipendiaten spielen dabei eine zentrale Rolle, um langfristig berufliche Perspektiven vor Ort zu stärken und die Wirtschaft weiterzuentwickeln.

Das Stipendienprogramm wurde 2003 vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nach der Ermordung des ersten demokratisch gewählten Premierministers Serbiens Zoran Djindjic ins Leben gerufen. Seither wird es vom Ost-Ausschuss umgesetzt und gilt als gemeinsames Leuchtturmprojekt der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft. Es leistet einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Förderung der Stabilität in der Region. Gleichzeitig trägt es zur regionalen Verständigung und Versöhnung bei, indem es junge Menschen aus ehemals konfliktreichen Ländern zusammenführt und den interkulturellen Dialog fördert.

Unternehmen, die sich am Programm beteiligen, profitieren vom Zugang zu hochqualifizierten, engagierten Nachwuchskräften mit internationaler Perspektive. Viele unserer Alumni arbeiten heute in deutschen Tochtergesellschaften in der Region – und tragen aktiv zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Ländern des Westlichen Balkans bei. Unternehmen, die gut ausgebildete Fachkräfte mit internationalem Profil für ihre

Tochterunternehmen in der Region suchen, haben die Möglichkeit, passende Talente über unser Alumni Career Centre zu rekrutieren. Das Alumni Career Centre vernetzt mehr als 1.100 ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Unternehmen und fördert deren Qualifizierung durch praxisnahe Weiterbildung.

Werden auch Sie Teil unserer Erfolgsgeschichte und beteiligen Sie sich am Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft!

Für weitere Informationen zum Programm oder zur Einbindung Ihres Unternehmens steht Ihnen Antje Müller (a.mueller@oa-ev.de) gern zur Verfügung.

Wirtschaftsdialog in Berlin: Rumäniens Präsident trifft deutsche Unternehmen

Am 18. Juli traf der neue rumänische Präsident Nicusor Dan im Rahmen seines ersten offiziellen Deutschland-Besuchs in Berlin mit führenden Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Wirtschaft zusammen. Das Unternehmengespräch wurde vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit der Deutsch-Rumänischen Industrie- und Handelskammer (AHK Rumänien) sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) organisiert.



Bei dem Treffen waren mehr als 20 deutsche Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen vertreten. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die Entwicklung der deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen und Investitionschancen für deutsche Unternehmen. Den Bericht zum Gespräch finden Sie [hier](#) auf der OA-Webseite.

Foto: Jens Schicke/DIHK

Außenwirtschaftstag Hamburg

Beim 2. Hamburger Außenwirtschaftstag am 2. Juli diskutierten wir mit Expertinnen und Experten über Disruption, KI, Big Tech und neue Chancen im globalen Handel. Anja Quiring, Regionaldirektorin Südosteuropa, hielt eine Präsentation zum Thema „Von Slowenien bis Albanien – Chancen für die deutsche Wirtschaft“. Moderiert wurde das Panel von Christian Himmighoffen, Leiter Presse im Ost-Ausschuss. Im Anschluss an die Breakout-Session waren Einzelgespräche möglich.

Ob Energie, IT, Industrie, Infrastruktur oder Tourismus – die Region bietet vielfältige Chancen und entwickelt sich zunehmend zu einem Standort für Forschung, Entwicklung und stabile Lieferketten. Der Ost-Ausschuss betreut zehn Länder der Region – von Slowenien bis Albanien.

[Hier](#) finden Sie den Post auf LinkedIn.



Foto: Handelskammer Hamburg

Kommende Veranstaltungen

- **10. September: Insights to Doing Business in South Eastern and Eastern Europe**, 18:00-22:00 Uhr, Frankfurt. Ein Event der ProCredit Bank Deutschland mit Unterstützung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V.
Informationen zur Anmeldung: LinkedIn-Seite der ProCredit Bank Deutschland [hier](#)
- **16. September: Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa**, 09:30 - 11:00 Uhr (Hybrid; Berlin) *Nur für Mitglieder.*
- **29. und 30. September: CEE Procurement and Supply Forum**, Krakau
Organisiert vom Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME). Der Ost-Ausschuss unterstützt diese Veranstaltung als Partner. Weitere Informationen finden Sie hier: [CEE Procurement and Supply Forum](#)
- *Save the date:* **1. und 2. Oktober: Digital Summit for the Western Balkans**, Skopje
Informationen zum Programm und zur Registrierung folgen in Kürze.
- **8. Oktober: „Rumänien & Bulgarien – Wachstum. Dynamik. Zukunft“** in der **IHK für München und Oberbayern**. Der Ost-Ausschuss unterstützt diese Veranstaltung als Partner. Informationen zur Anmeldung und zum Programm finden Sie [hier](#) auf der Seite der IHK für München und Oberbayern.
- **10. Oktober: 8th German–East European Health Forum “Strong Health Systems for Welfare and Economic Growth”**, Berlin
Eine gemeinsame Veranstaltung des Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und der GHA – German Health Alliance. Informationen zu den Anmeldeöglichkeiten und dem Veranstaltungsort finden Sie [hier](#) auf unserer Webseite.
- *Save the date:* **27. / 28. November: German-Romanian-Moldovan Business Conference: Strengthening Partnerships – Turning Challenges into Opportunities.**
Eine gemeinsame Veranstaltung der AHK Rumänien mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft.
Weitere Informationen stellen wir in Kürze auf unserer Website zur Verfügung.

Weitere Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie mit dem kommenden Update oder als Mitglied direkt per Rundschreiben auf dem Laufenden.

Tipps & Links

- Am 30. Juli veröffentlichte GTAI den **Konjunkturbericht zu Südosteuropa**. Der GTAI-Korrespondent aus Bonn berichtet [hier](#).
- Am 30. Juni hat das Balkan Investigative Reporting Network den „**Freedom of Information 2024 Annual Report**“ publiziert. Den Bericht finden Sie auf der Webseite des BIRN [hier](#) und BalkanInsight berichtet [hier](#).
- Die Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlichte am 16. Juli [hier](#) einen **Länderbericht zum Euro-Beitritt Bulgariens**.
- Am 9. Juli veröffentlicht der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Zahlen zur **Zuwanderung aus den seit 2004 beigetretenen EU-Staaten nach Deutschland**. Den Artikel finden Sie auf der Webseite des iwd [hier](#).
- In der „Internationale Politik“ vom 30. Juni befasst sich die Autorin mit der **Protestbewegung in Serbien und der Rolle Brüssels und Berlins**. Den Beitrag finden Sie auf der Webseite des Magazins [hier](#).
- Am 25. Juni veröffentlicht das GTAI ein **Special zu den Ländern des Westlichen Balkans**. Der GTAI-Korrespondent in Belgrad berichtet [hier](#).

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWW\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weitere **Informationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), [LinkedIn](#), [Instagram](#) und [Facebook](#).

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Sie möchten Mitglied im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft werden? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie! Denn dieses Angebot steht allen deutschen Unternehmen sowie deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen offen. Der Ost-Ausschuss öffnet Ihnen die Türen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, auf die fast ein Fünftel des deutschen Außenhandels entfällt. Der Ost-Ausschuss bietet Ihnen regionale Arbeits- und Informationskreise, spannende Projekte wie die Unternehmensplattform Grüne Transformation und den Service Desk Ukraine sowie weit über 100 Fachveranstaltungen im Jahr.

Wir bieten Ihnen nicht nur aktuelle und teils exklusive Länder- und Brancheninformationen, sondern wir unterstützen Sie auch aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilaterale Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in die Region. Als Mitglied profitieren Sie von unseren engen Kontakten zur Bundesregierung und den Regierungen unserer Zielländer. Und das Beste: Eine Mitgliedschaft ist günstiger, als Sie denken, und zahlt sich schnell aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerks in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft.

Kontakt



Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-130

a.quiring@oa-ev.de



Antje Müller

Programmdirektorin

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft
für die Länder des Westlichen Balkans

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.

T. +49 30 206167-137

a.mueller@oa-ev.de



Kathrin Enzenhofer

Assistentin der Regionaldirektion Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-131

k.enzenhofer@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

